

## **Niederschrift**

### über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 10.03.2010

Ort: Aula des Beruflichen Schulzentrums für Technik II, Schloßstraße 3,  
09111 Chemnitz

Zeit: 15:30 Uhr – 17:45 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

### Beschlussfähigkeit

Soll: 61 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin  
Ist: 51 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

### Anwesenheit

#### **Entschuldigt**

Frau Annekathrin Giegengack	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sächsischer Landtag
Herr Hendrik Haase	Fraktion FDP	dienstlich
Frau Wilma Kleinertz	CDU-Ratsfraktion	krank
Herr Wolfgang Kraneis	SPD-Fraktion	krank
Frau Ines Saborowski-Richter	CDU-Ratsfraktion	Sächsischer Landtag
Herr Heiko Schinkitz	Fraktion DIE LINKE	Urlaub
Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß	Fraktion FDP	Sächsischer Landtag
Herr Karl-Friedrich Zais	Fraktion DIE LINKE	Sächsischer Landtag

#### **Entschuldigt**

Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3	Urlaub
------------------	--------------------------	--------

#### **Frühzeitiges Verlassen**

Herr Joachim Ziems	Fraktion PRO CHEMNITZ	17:26 Uhr; TOP 9.4, privat
--------------------	-----------------------	-------------------------------

#### **beratend Teilnehmende**

Frau Bettina Bezold	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1
Frau Karin Genkel	Kinderbeauftragte
Frau Petra Liebetrau	Behindertenbeauftragte
Frau Heidemarie Lüth	Bürgermeisterin Dezernat 5
Herr Detlef Nonnen	Bürgermeister Dezernat 2
Frau Petra Wessler	Bürgermeisterin Dezernat 6

### **Bedienstete der Stadtverwaltung**

Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Gunda Georgi	Amtsleiterin Amt 15
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Frau Ingeburg Ludwig	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Annegret Obels	Amtsleiterin Amt 30
Herr Dr. Thomas Scharbrodt	Amtsleiter Amt 36
Frau Ramona Spangenberg	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Ines Vorsatz	Koordinatorin LAP

### **Fraktionsangestellte**

Frau Kristina Bierögel	CDU-Ratsfraktion
Herr Raimon Brete	Fraktion DIE LINKE
Herr Eduard Jenke	Fraktion FDP

### **Schriftführerin**

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass sie nicht mehr wie bisher unter diesem Tagesordnungspunkt, sondern unter den jeweiligen TOP über ausgereichte Unterlagen informieren werde.

Die **Beschlussvorlage B-054/2010** (TOP 7.12) wird **zurückgezogen**.

**Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** beantragt die Nichtbehandlung der Beschlussvorlage B-079/2010 in der heutigen Sitzung wegen fehlender Vorberatung im Ausländerbeirat.

**Frau Vorsatz (Koordinatorin LAP)** erläutert das Verfahren zur Vorberatung der Beschlussvorlage und informiert, dass im Begleitausschuss, welcher die Aufgabe habe, die Koordinierungsstelle fachlich zu beraten und über die Anträge, die auf Förderung eingereicht werden, abzustimmen, u. a. die Ausländerbeauftragte vertreten sei. In einer Beratung des Ausschusses am 08.12.2009, an welcher die Ausländerbeauftragte teilgenommen habe, wurde festgelegt, dass die Beschlussfassung der Richtlinie im März im Stadtrat erfolgen solle. Auch konnte sie im Ausländerbeirat zum Lokalen Aktionsplan informieren. Zu den Folgen einer Absetzung der Vorlage erklärt sie, dass dann nach wie vor nach der alten Richtlinie gearbeitet werden müsse. Sie weist darauf hin, dass jedoch mit den Vereinen bereits in Richtung der neuen Richtlinie gearbeitet werde.

**Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP)** erklärt, dass er nicht verstehe, warum der Ausländerbeirat nicht einbezogen wurde und dass eine Vorberatung dort erfolgen müsse. Er kritisiert, dass oftmals die erforderliche Vorberatung in den Beiräten nicht erfolge.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** unterstützt den Antrag der Frau Schinkitz und denkt, dass es nicht schädlich sei, die Antragsfrist für den Begleitausschuss von Ende April 2010 auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen.

**Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** verweist darauf, dass mit der Vorlage nichts Grundsätzliches neu geregelt werden solle, sondern Details und sie denke, dass mit einer späteren Beschlussfassung nichts beschädigt werde.

Zu dem Hinweis von **Herrn Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)**, dass bei Verschieben der Beschlussvorlage auch der Gegenstand insoweit geändert werden solle, dass der Aktionsplan sich auch gegen Linksextremismus wende erklärt **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig**, dass dies jetzt nicht zur Diskussion stehe.

Auf die Frage von **Frau Stadträtin Brewig-Lange (Fraktion DIE LINKE)**, ob die neue Richtlinie Vorteile zu den Eigenanteilen der Antragsteller bringe, antwortet **Frau Vorsatz**, dass die alte Regelung in dieser Hinsicht unklar sei.

**Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion)** erklärt, dass unter diesem TOP lediglich eine Für- oder Gegenrede zum Antrag möglich sei und jetzt über den Antrag von Frau Schinkitz abgestimmt werden solle.

Abstimmung über den Antrag auf Nichtbehandlung der Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung

**Abstimmungsergebnis: bestätigt  
(einige Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen)**

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen festgestellt

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 27.01.2010
- 

Es liegen keine Einwendungen vor.

- 4 Informationen der Oberbürgermeisterin
- 

Es gibt keine Informationen der Oberbürgermeisterin.

5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

---

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** spricht zu den Demonstrationen gegen Nazis in Dresden und Chemnitz. Dabei sei für Chemnitz bemerkenswert, dass es gegen den Aufmarsch der NPD ein so breit angelegtes politisches und soziales Bündnis wie noch nie gab. Auch sei wichtig, dass alle Aktionen gewaltfrei verlaufen seien. Er hebt hervor, dass die Oberbürgermeisterin an der Spitze der Demonstration gestanden habe und dies ein politisches Zeichen für die Einwohner von Chemnitz setze. Dass die NPD dennoch einen verkürzten Weg marschieren konnte, sei für Außenstehende die erkennbare Absicht der Chemnitzer Polizei gewesen, diesen Marsch zuzulassen. Auch spiele die Sächsische Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht unbedingt die beste Rolle. Letztlich müsse man sagen, dass das vorgelegte Versammlungsgesetz nicht verfassungskonform war.

Zum Chemnitzer Klinikum richtet er die dringende Aufforderung an den Aufsichtsrat, in seiner nächsten Sitzung intensiv über die Leitung des Klinikums zu beraten und wieder stabile Verhältnisse herzustellen. Abschließend fordert er den Vorsitzenden des Aufsichtsrates auf, sich zeitnah zu den in der Freien Presse erhobenen Sachverhalten zu äußern.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** sagt, dass es am 5. März 2010 eine Vielzahl von Veranstaltungen zum Gedenken der Zerstörung von Chemnitz gab. Er informiert, dass das Verwaltungsgericht das Verbot der Stadt zu einer Demonstration aufgehoben habe, da von der Stadtverwaltung grundlegend Verfassungsprinzipien missachtet worden sind.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** stellt klar, dass Verfassungsfeindlichkeit nicht durch ein Verwaltungsgericht festgestellt werde. Ferner könne in den Verfassungsschutzberichten des Freistaates Sachsen nachgelesen werden, dass die NPD, die den Marsch am 5. März angemeldet habe, verfassungsfeindlich sei.

Sie spricht weiter zu den Preiserhöhungen für Wohnen und Strom, welche ab April bzw. Mai 2010 seitens der GGG und der Stadtwerke Chemnitz AG in Kraft treten werden. Sie stellt fest, dass damit ausgerechnet kommunale Töchter, deren wirtschaftliche Aufgabe es sein sollte, Daseinsfürsorge zu betreiben, zu den Preistreibern des Marktes werden. Dabei wurde keine der Entscheidungen im Stadtrat erörtert, die Mieterhöhungen der GGG wurden auch nicht im Aufsichtsrat diskutiert. Sie fragt, was es für einen Sinn mache, eine solche kommunale Wohnungsgesellschaft zu betreiben und mittels der GGG Einfluss auf Prozesse der Stadtentwicklung nehmen zu wollen, wenn Beschlüsse des Stadtrates ignoriert oder konterkariert werden. Gleiches treffe auf die Stadtwerke zu. Wo Experten der Auffassung seien, dass es eine Strompreissenkung um mindestens 10 % für die Endverbraucher geben müsste, geben die Stadtwerke diesen Vorteil nicht an die Verbraucher weiter. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte einen offenen Dialog über den Sinn, die Aufgaben und die Perspektiven der kommunalen Unternehmen einschließlich der Frage nach den Unternehmensformen und den tatsächlichen Einflussmöglichkeiten des Stadtrates auf Unternehmensentscheidungen anregen und lädt die Stadtratsmitglieder und Bürger ein, sich an diesem Dialog zu beteiligen.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** geht auf die Veranstaltung engagierter Frauen im Vorfeld der Sitzung ein und erklärt, dass Adressat dieser Anliegen eigentlich die Landtagsabgeordneten seien. Er stellt fest, dass letztlich die Entscheidungen des Landes in den Kommunen umgesetzt werden müssen und bittet die Landtagsabgeordneten dafür zu sorgen, dass Chemnitz weiterhin finanziell handlungsfähig bleibe. Er appelliert an alle, gemeinsam etwas zu tun, dass die geplante Kürzung der Jugendpauschale im geplanten Umfang nicht beschlossen werde.

---

6      Petitionen

---

6.1     Ausbau der Wittgensdorfer Straße  
Vorlage: P-001/2010      Einreicher: Frau Annette Peine-Welz, Chemnitz

---

Zur Vorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Es besteht kein Handlungsbedarf.

**Beschluss P-001/2010**

Der Stadtrat beschließt, der Petition, den grundlegenden Ausbau der Wittgensdorfer Straße (Teilabschnitt zwischen Leipziger Straße und Bornaer Straße) verbindlich zu planen, abzuhelpfen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

6.2     Änderung des § 2 Abs. 3 der Straßenreinigungssatzung der Stadt Chemnitz  
Vorlage: P-002/2010      Einreicher: Herr Hans-Jürgen Thierfelder, Chemnitz

---

Es besteht kein Handlungsbedarf.

**Beschluss P-002/2010**

Der Stadtrat beschließt, den Petitionen, den § 2 Abs. 3 der Satzung über die Straßenreinigung der Stadt Chemnitz dahingehend zu ändern, dass die alte Fassung wiederhergestellt oder eine andere adäquate Lösung beschlossen wird, nicht abzuhelpfen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(wenige Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen)**

---

7      Beschlussvorlagen

---

7.1     Ausscheiden der Stadträtin Annekathrin Giegengack aus wichtigem Grund aus dem Stadtrat sowie Zustimmung zur Nichtannahme der Stadtratsmandate durch Herrn Frank Streuber und Herrn Dr. Carsten Stibenz aus wichtigem Grund und Nachrückten einer Ersatzperson  
Vorlage: B-069/2010      Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

---

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung zu Punkt 1 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(wenige Stimmenthaltungen)**

Abstimmung zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(wenige Stimmenthaltungen)**

Abstimmung zu Punkt 3 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(wenige Stimmenthaltungen)**

Somit rückt Herr Kai Rösler als Stadtrat nach.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** verpflichtet Herrn Rösler auf der Grundlage der § 35 (1) SächsGemO und § 3 Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Chemnitz auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Das Gelöbnis wird von der Oberbürgermeisterin in Abschnitten vorgetragen und von Herrn Rösler nachgesprochen.

**Beschluss B-069/2010**

1. Der Stadtrat stimmt zu, dass Frau Annekathrin Giegengack aus wichtigem Grund gemäß § 18 Absatz 1 Ziffer 4 SächsGemO aus dem Stadtrat ausscheidet.
2. Der Stadtrat stimmt der Nichtannahme des Stadtratsmandates durch Herrn Frank Streuber aus wichtigem Grund gemäß § 18 Absatz 1 Ziffer 4 SächsGemO zu.
3. Der Stadtrat stimmt der Nichtannahme des Stadtratsmandates durch Herrn Dr. Carsten Stibenz aus wichtigem Grund gemäß § 18 Absatz 1 Ziffer 4 SächsGemO zu.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(wenige Stimmenthaltungen)**

- 7.2 Ausscheiden des Stadtrates Volkmar Zschocke aus wichtigem Grund aus dem Stadtrat sowie Zustimmung zur Nichtannahme des Stadtratsmandates durch Frau Özlem Gündogdu aus wichtigem Grund und Nachrücken einer Ersatzperson  
Vorlage: B-070/2010 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung zu Punkt 1 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(wenige Stimmenthaltungen)**

Abstimmung zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(wenige Stimmenthaltungen)**

Somit rückt Herr Martin Schmidt als Stadtrat nach.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** drückt ihr Bedauern über das Ausscheiden von Herrn Zschocke aus und bedankt sich recht herzlich für seine aktive Mitarbeit im Stadtrat.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** verpflichtet Herrn Schmidt auf der Grundlage der § 35 (1) SächsGemO und § 3 Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Chemnitz auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Das Gelöbnis wird von der Oberbürgermeisterin in Abschnitten vorgetragen und von Herrn Schmidt nachgesprochen.

**Beschluss B-070/2010**

1. Der Stadtrat stimmt zu, dass Herr Volkmar Zschocke aus wichtigem Grund gemäß § 18 Absatz 1 Ziffer 4 SächsGemO aus dem Stadtrat ausscheidet.
2. Der Stadtrat stimmt der Nichtannahme des Stadtratsmandates durch Frau Özlem Gündogdu aus wichtigem Grund gemäß § 18 Absatz 1 Ziffer 4 SächsGemO zu.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(wenige Stimmenthaltungen)**

- 7.3 Bestellung einer/eines Ombudsfrau/Ombudsmannes (Antikorruptionsbeauftragten) der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-027/2010 Einreicher: Dezernat 3
- 

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** fragt, warum man sich für Herrn Böhme entschieden habe, da dieser Experte für Familien- und Arbeitsrecht sei und er meint, dass man als Ombudsmann überwiegend mit Sachverhalten aus dem Bau zu tun habe.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert, dass sich Herr Böhme in ihrer Dienstberatung vorgestellt habe. Sie erklärt, dass man auch mit dem Schwerpunkt Arbeitsrecht Parallelen zu Vorgängen haben könne, da Korruptionsverdacht durchaus auch damit zu tun habe, wie man in einer bestimmten Beziehung zu seinem Arbeitgeber stehe. Herr Böhme habe darüber hinaus auch große Erfahrungen über Arbeitsabläufe, Zusammenhänge und Vertragskonstruktionen und ein sehr gutes Renommee. Im Übrigen gebe es keinen klassischen Antikorruptionsbeauftragten, jedoch wolle man unbedingt einen Rechtsanwalt. Wichtig sei, dass er auf Grund seiner beruflichen Expertise die Möglichkeit habe, bei Verdachtsfällen richtigerweise anzusetzen.

**Beschluss B-027/2010**

Herr Rechtsanwalt Andreas Böhme wird gemäß § 64 Absatz 1 Sächsische Gemeindeordnung zum Ombudsmann (Antikorruptionsbeauftragten) der Stadt Chemnitz bestellt.

**Wahlergebnis: gewählt  
(wenige Stimmenthaltungen)**

7.4 Vorschlagslisten der ehrenamtlichen Richter der Sozialgerichtsbarkeit  
Vorlage: B-056/2010 Einreicher: Dezernat 1/ZVD

---

Zur Vorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** zeigt seine Befangenheit nach § 20 Abs. 1 SächsGemO an. Er nimmt somit nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Auf Grund der Auswahl von Personen erfolgt die Beschlussfassung durch Wahl nach § 39 Absatz 7 SächsGemO.

Punkt 1 des Beschlussvorschlages

Da es Widerspruch zur geheimen Wahl en bloc gibt, findet geheime Wahl statt.

Punkt 2 des Beschlussvorschlages

Da es keinen Widerspruch gibt, findet die Wahl von Herrn Ingolf Römer und Frau Brigitte Seifert offen und en bloc statt.

**Wahlergebnis: gewählt**

geheime Wahl zum Punkt 1 des Beschlussvorschlages

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Ludwig von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Brete als ihren Vorsitzenden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert die Stimmzettel und das Wahlverfahren.

**- Wahlhandlung -**

*Die Wahlergebnisse werden nach dem TOP 8.1 bekannt gegeben.*

7.5 Gebührensatzung des Stadtarchivs Chemnitz  
Vorlage: B-005/2010 Einreicher: Dezernat 1/Amt 47

---

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-005/2010**

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Chemnitz über die Erhebung von Benutzungsgebühren des Stadtarchivs der Stadt Chemnitz (Archivgebührensatzung) gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(1 Stimmenthaltung)**

- 7.6 Richtlinie zur Förderung von Städtepartnerschaften  
Vorlage: B-032/2010 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-032/2010**

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie zur Förderung der Städtepartnerschaften der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

- 7.7 Neufassung der Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung von Projekten im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit  
Vorlage: B-079/2010 Einreicher: Dezernat 3
- 

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 zur Vorberatung in den Ausländerbeirat verwiesen.

- 7.8 Marktsatzung der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-015/2010 Einreicher: Dezernat 3/Amt 32
- 

Zur Vorlage wurde ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ausgereicht.

**Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass mit dem Änderungsantrag ihrer Fraktion die Ergänzung der Freihaltung der Bequemlichkeitsstreifen, Gänge und Durchfahrten gefordert werde, um die Barrierefreiheit und Rettungsmöglichkeiten auch zu Marktzeiten sicherzustellen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**Abstimmungsergebnis: bestätigt**

**Beschluss B-015/2010**

Der Stadtrat beschließt die Marktsatzung der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage einschließlich der beschlossenen Änderungen entsprechend des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE.

**Abstimmungsergebnis: mit Änderungen einstimmig beschlossen  
(wenige Stimmenthaltungen)**

- 7.9 Berufung eines stellvertretenden beratenden Mitglieds in den Jugendhilfeausschuss der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-058/2010 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
- 

Zur Wahl vorgeschlagen wird Frau Sabine Bräunlich.

Die Wahl wird offen durchgeführt, da es keinen Widerspruch zu dieser Verfahrensweise gibt.

**Beschluss B-058/2010**

Gemäß § 5 Landesjugendhilfegesetz vom 29.09.1998 i. V. m. § 6 Absatz 2 der Satzung des Amtes für Jugend und Familie beruft der Stadtrat widerruflich Frau Sabine Bräunlich als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss der Stadt Chemnitz.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt**

- 7.10 Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/Einwohner als beratende Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss  
Vorlage: B-052/2010 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert, dass Frau Julia Hell und Herr Oliver Schultz ihre Bewerbung zurückgezogen haben.

Sie erklärt, dass es in der Sitzung des Jugendhilfeausschuss vom 23.02.2010 zwar zu keiner Einigung auf zwei Bewerber kam. Die Fraktion DIE LINKE habe jedoch im Nachhinein ihr Einverständnis zu den zwei vorgeschlagenen Bewerbern Herr Fabian Wiechell und Herr Renzo Di Leo erklärt. Sie fragt, ob sich darauf verständigt werden könne, die genannten Bewerber durch Einigung als sachkundige Einwohner in den Jugendhilfeausschuss zu berufen oder ob es Widerspruch gebe.

Da es hierzu keinen Widerspruch gibt, liegt seitens des Stadtrates **Einigung** über die Besetzung der sachkundigen Einwohner des Jugendhilfeausschusses vor.

**Beschluss B-052/2010**

Der Stadtrat beruft aufgrund der Bewerberliste gemäß § 44 Absatz 2 SächsGemO i. V. m. § 7 Absatz 4 Hauptsatzung der Stadt Chemnitz und § 6 Absatz 2 der Satzung des Amtes für Jugend und Familie der Stadt Chemnitz Herrn Fabian Wiechell und Herrn Renzo Di Leo als sachkundige Einwohner widerruflich als beratende Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss.

- 7.11 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 08/03 "Einkaufsmarkt an der Weststraße/Hoffmannstraße"  
Vorlage: B-062/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Die öffentliche Abwägung erfolgte im Planungs- und Umweltausschuss am 02.03.2010. Deshalb werden alle Punkte des Beschlussvorschlages en bloc abgestimmt.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

### **Beschluss B-062/2010**

Der Stadtrat beschließt

1. die Abwägungen zum Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 08/03 „Einkaufsmarkt an der Weststraße/Hoffmannstraße“
2. Auf Grund des § 12 des Baugesetzbuches in Verbindung mit § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018), sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. August 2009 (SächsGVBl. S. 438), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 08/03 „Einkaufsmarkt an der Weststraße/Hoffmannstraße“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), in der Fassung vom 10.07.2009 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) als Satzung.
3. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der Fassung vom 10.07.2009 (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.
4. Die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde (Anlage 5 der Beschlussvorlage), wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(wenige Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 7.12 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 04/08 Wohngebiet Kaßbergstraße  
Vorlage: B-054/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

- 7.13 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 09/06 "Technopark Süd" - Teilgebiet 1  
Vorlage: B-064/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Die öffentliche Abwägung erfolgte im Planungs- und Umweltausschuss am 02.03.2010. Deshalb werden alle Punkte des Beschlussvorschlages en bloc abgestimmt.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

### **Beschluss B-064/2010**

Der Stadtrat beschließt:

1. die Abwägungen zum Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 09/06 „Technopark Süd“ – Teilgebiet 1.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S.2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Dezember 2008 (BGBl. S. 3018), sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S.200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. August 2009 (SächsGVBl. S. 438), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den Bebauungsplan Nr. 09/06 "Technologiepark Süd" - Teilgebiet 1, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie dem Text (Teil B), in der Fassung vom 24.08.2009 als Satzung (Anlage 3 der Beschlussvorlage).
3. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der Fassung vom 27.01.2010 (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.
4. Die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, wird beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

- 7.14 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 02/51 "Frankenberger Straße/Hilbersdorf"  
Vorlage: B-067/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Die öffentliche Abwägung erfolgte im Planungs- und Umweltausschuss am 02.03.2010. Deshalb werden alle Punkte des Beschlussvorschlages en bloc abgestimmt.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

### **Beschluss B-067/2010**

1. Der Stadtrat beschließt die Abwägungen zum Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 02/51 „Frankenberger Straße/Hilbersdorf“.

2. Auf Grund der §§ 13a und 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S.2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018), sowie nach § 89 der Sächsische Bauordnung (SächsBO) in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. August 2009 (SächsGVBl. S. 438), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den Bebauungsplan Nr. 02/51 „Frankenberger Straße/Hilbersdorf“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie dem Text (Teil B), in der Fassung vom 14.08.2009 als Satzung (Anlage 3 der Beschlussvorlage).
3. Die Begründung in der Fassung vom 26.01.2010 (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(wenige Stimmenthaltungen)**

---

8 Informationsvorlagen

---

- 8.1 Bericht an den Stadtrat zur Umsetzung von Maßnahmen des Konjunkturprogramms II  
Vorlage: I-023/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 65
- 

Zur Vorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** fragt, ob es bereits jetzt Erkenntnisse über Nachträge für Maßnahmen, die abgeschlossen bzw. noch nicht abgeschlossen sind, gebe und wenn ja, in welcher Höhe. Weiter fragt er nach der entsprechenden Deckungsquelle für den Fall, dass es Nachträge gebe.

**Frau Bürgermeisterin Wessler** antwortet, dass im letzten Jahr im Verwaltungs- und Finanzausschuss einzelne Anträge zu überplanmäßigen Leistungen zu Maßnahmen des Konjunkturprogramms vorlagen. Diese Vorhaben sind alle mit entsprechenden Mehrbedarfsnachweisen entweder im Verwaltungs- und Finanzausschuss oder verwaltungsintern geklärt worden. Insofern liegen keine ungeklärten Mehrkosten zum jetzigen Zeitpunkt vor. Es gebe im Moment noch keine Bauvorhaben, bei denen über eklatante Nachtragsvolumen zu berichten sei. Zu Details könne gern im nächsten Bauausschuss gesprochen werden.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **Fortführung TOP 7.4**

### **Bekanntgabe der Wahlergebnisse zur Wahl in die Vorschlagslisten der ehrenamtlichen Richter der Sozialgerichtsbarkeit**

#### **Frau Antje Franke**

anwesende Stimmberechtigte	53
abgegebene Stimmen	53
davon	
gültige Stimmen	53
ungültige Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0
Ja-Stimmen	46

Frau Franke hat die erforderliche Mehrheit im 1. Wahlgang erreicht und ist somit gewählt.

#### **Herr Udo Kolbe**

anwesende Stimmberechtigte	53
abgegebene Stimmen	53
davon	
gültige Stimmen	53
ungültige Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0
Ja-Stimmen	22

Herr Kolbe hat die erforderliche Mehrheit im 1. Wahlgang nicht erreicht. Es findet ein zweiter Wahlgang zur Erreichung der einfachen Mehrheit statt.

#### **Herr Joachim Ziems**

anwesende Stimmberechtigte	53
abgegebene Stimmen	53
davon	
gültige Stimmen	53
ungültige Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0
Ja-Stimmen	7

Herr Ziems hat die erforderliche Mehrheit im 1. Wahlgang nicht erreicht. Es findet ein zweiter Wahlgang zur Erreichung der einfachen Mehrheit statt.

### Herr Peter Landmann

anwesende Stimmberechtigte	53
abgegebene Stimmen	53
davon	
gültige Stimmen	53
ungültige Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0
Ja-Stimmen	44

Herr Landmann hat die erforderliche Mehrheit im 1. Wahlgang erreicht und ist somit gewählt.

Es findet ein 2. Wahlgang für die Wahl von Herrn Kolbe und Herrn Ziems statt.  
*Da zunächst die Stimmzettel gefertigt werden müssen, wird in der Tagesordnung fortgefahren.*

- 8.2 Jahresbericht 2009 zur Europaarbeit der Stadt Chemnitz  
Vorlage: I-004/2010 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
- 

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## 9 Beschlussanträge

---

- 9.1 Konzeption zur Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen  
Vorlage: BA-004/2010 Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 

Zum Beschlussantrag wurden eine Stellungnahme der Verwaltung, eine Stellungnahme des Behindertenbeirates und die Änderung des Einreichers ausgereicht.

**Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** führt aus, dass die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Deutschland geltendes Recht sei. In Chemnitz seien rund 26.000 Menschen von einer Behinderung betroffen und die UN-Konvention stärke deren Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Mit der UN-Konvention werde der Paradigmenwechsel in der Politik für behinderte Menschen auf internationale Ebene umgesetzt. Es stehe nicht länger das individuelle Schicksal von behinderten Menschen im Vordergrund, sondern die Barrieren in der Gesellschaft. In Chemnitz werde die UN-Konvention erfreulicherweise schon zum Teil umgesetzt. Dieser Prozess solle durch den Antrag intensiviert werden. Es sei zu prüfen, was es für kurzfristige Handlungsoptionen gebe. Es solle alles bereits Bestehende und das noch Erforderliche in einem Handlungspapier zusammengefasst werden. Dies solle als Diskussions- bzw. Informationsgrundlage in den zuständigen Ausschüssen und Beiräten zur Effektivierung behindertenpolitischer Maßnahmen genutzt werden.

### **Beschluss BA-004/2010**

Der Stadtrat beschließt die Verwaltung zu beauftragen, dem Behindertenbeirat und dem Sozialausschuss ein Handlungspapier zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bis zum 30. Juni 2010 zunächst als Beratungsvorlage vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

9.2 Prüfauftrag für das Rechnungsprüfungsamt  
Vorlage: BA-005/2010 Einreicher: Fraktion DIE LINKE

---

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass seitens seiner Fraktion ebenso wie von der Verwaltung die Probleme erkannt werden, welche das Rechnungsprüfungsamt in diesem Jahr mit der Umstellung der Doppik und der Prüfung des Jahresabschlusses habe und es in diesem Bereich geringe personelle Ressourcen für die Prüfung sozialer Sachverhalte gebe. Deshalb akzeptiere seine Fraktion die Stellungnahme der Verwaltung und stimme der planmäßigen Prüfung im nächsten Jahr zu.

Aus diesem Grund beantragt er Nichtbefassung des Beschlussantrages.

Abstimmung über den Antrag auf Nichtbefassung

**Abstimmungsergebnis: bestätigt**

9.3 Gedenken am 8. Mai 2010, anlässlich des 65. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges  
Vorlage: BA-006/2010 Einreicher: Fraktion DIE LINKE

---

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** bringt folgenden Änderungsantrag ihrer Fraktion ein:

*„Streichung der Worte (...) mit einer Kranzniederlegung auf dem sowjetischen Friedhof am Richterweg (...)“.*

Sie begründet den Antrag damit, dass eine Gedenkveranstaltung geschaffen werden solle, die ein umfassendes Zeichen setzen könne gegen Krieg und Gewalt, die als Mahnung dienen solle für Frieden und Menschenrechte. Ihre Fraktion sei der Meinung, dass der Stalinismus der Sowjetunion dafür doch ein Gegengewicht gesetzt habe und zumindest auch für Gewalt, für die Verachtung von Menschenleben und von Menschenrechten und nicht zuletzt auch für die deutsche Teilung stehe. Sie bevorzuge daher einen anderen Ort und bittet die Verwaltung, einen solchen Ort zu finden.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** erinnert an den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung Willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen. Aber man dürfe die Ursachen nicht am Ende des Krieges sehen, denn diese liegen vielmehr im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Kriege führte. Befreier waren die Kräfte der Antihitlerkoalition und der Antrag ziele darauf ab, diese Einheit gegen den deutschen Faschismus zu würdigen. Der Friedhof am Richterweg sei der richtige Ort für das Gedenken und aus Sicht seiner Fraktion sei der Antrag der CDU abzulehnen. Es gehe bei diesem Gedenktag um das Erinnern an ein historisches Ereignis, seine Ursachen und Folgen und es gehe um die Lehren aus der Geschichte für die heute Lebenden.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** sagt, dass seiner Ansicht nach nichts gegen eine Gedenkveranstaltung auf einem russischen Soldatenfriedhof spreche, da auch diesen Soldaten gedacht werden solle. Er sehe aber die Gefahr, dass die Linke diesen Tag für eine Glorifizierung Stalins und seines Systems nutzen werde. Er meint, dass es auch etwas anderes sei, wenn eine solche Veranstaltung zu einer offiziellen Veranstaltung der Stadt werde und dass sich die Stadt in diesem Falle neutral halten solle. Er macht Ausführungen aus seiner Sicht zum 8. Mai.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** sagt, dass die Ausführungen von Herrn Kohlmann sehr tief blicken ließen und er damit heute noch einmal deutlich seine Gesinnung dargelegt habe.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** führt aus, dass die Beendigung des 2. Weltkrieges sehr wohl eine historische Zäsur von fundamentaler Bedeutung war und es kein Frieden geworden wäre, wenn nicht die Alliierten diesen furchtbaren Krieg, der am 1. September 1939 von Hitler-Deutschland ausgegangen ist, beendet hätten. Insofern befürworte sie, dass man dieses Ereignis offiziell gedenke. Dass man über den Ort streiten müsse, finde sie nicht gut, weil dies Schwierigkeiten bürge, die der Dimension des Ereignisses nicht angemessen seien.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** betont, dass ihre Fraktion 100 %ig hinter der Begründung der Fraktion DIE LINKE stehe. Sie gibt der Oberbürgermeisterin Recht, dass die Vorberatungen zu einer Gedenkveranstaltung jenseits von Parteigrenzen stehen sollten. Nichts desto trotz müsse man sich aber auch über die Form und somit über den Ort einer solchen Gedenkveranstaltung klar sein. Sie erklärt nochmals, dass es ihrer Fraktion mit dem Änderungsantrag ausschließlich um den Ort des sowjetischen Friedhofes gehe, da die Sowjetunion am Ende des 2. Weltkrieges vom Stalinismus geprägt war. Das einfach zu übersehen, sei aus Sicht ihrer Fraktion historisch zu kurz gegriffen. Es solle ein Ort gefunden fernab von jedem militärischen historischen Bezug werden, an dem sich alle, auch die Opfer, wieder finden können.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** sagt zu Frau Oberbürgermeisterin Ludwig und Herrn Brückom, dass er damit leben könne, dass es Leute mit anderer Meinung gebe. Seine Meinung aber solle von ihnen unterdrückt, diskriminiert und am besten verboten werden. Das gehe immer wieder aus den Worten der Oberbürgermeisterin hervor. Aus der Gedenkveranstaltung wolle man eine ideologische Veranstaltung machen. Diese könne man jedoch nur als Partei, die Stadt sollte sich neutral zu diesen Ereignissen halten und sollte sich nicht einer bestimmten Meinung anschließen. Dies sei die Pflicht zur weltanschaulichen Neutralität, welche eine Stadt habe.

**Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion)** sagt zum Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, dass es darum gehe, wie der Tag gestaltet werde. Er könne sich vorstellen, dass die Alliierten in einer Ansprache nicht auf eine Siegermacht reduziert werden, sondern dass eine Ausgewogenheit herbeigeführt werde.

**Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE)** stellt fest, dass mit Beschluss des Beschlussantrages die Veranstaltung zum 8. Mai eine Veranstaltung des Stadtrates und nicht die Veranstaltung einer einzelnen Partei sei. Damit sehe er keine Anhaltspunkte, dass in irgendeiner Weise Stalin und der Stalinismus damit gewürdigt werden. Auf dem genannten Friedhof liegen Soldaten, die ihr Leben gegeben haben, um das deutsche Volk zu befreien.

Dies seien in Chemnitz sowjetische Soldaten, während es in anderen Städten amerikanische oder britische Soldaten seien. Es gehe bei der Veranstaltung um die Ehrung der Menschen, die ihr Leben gelassen haben. Es solle in diesem Zusammenhang keine ideologische Diskussion aufgeführt werden.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** sagt, dass sie soviel Vertrauen in die Stadtverwaltung habe, dass ein Ort gefunden werde, der wertfrei für alle sei und eben deshalb keine ideologischen Probleme entstehen lasse.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(29 Nein-Stimmen, 22 Ja-Stimmen,  
2 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss BA-006/2010**

Der Stadtrat beschließt aus Anlass des 65. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 2010 des historischen Ereignisses mit einer Kranzniederlegung auf dem Sowjetischen Friedhof am Richterweg, unter Teilnahme von Vertretern der Antihitlerkoalition, zu gedenken.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(wenige Nein-Stimmen, viele Stimmenthaltungen)**

**Fortsetzung des TOP 7.4**

**2. Wahlgang zur Wahl von Herrn Kolbe und Herrn Ziems in die Vorschlagsliste für das Sozialgericht Chemnitz**

Die bestätigte Wahlkommission nimmt ihre Arbeit wieder auf.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert die Stimmzettel und das Wahlverfahren.

**- Wahlhandlung -**

*Die Wahlergebnisse werden nach dem TOP 9.4 bekannt gegeben.*

9.4 Teilnahme am Wettbewerb "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010"  
Vorlage: BA-007/2010 Einreicher: SPD-Fraktion

---

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** erklärt, dass der Beschlussantrag seiner Fraktion im Zusammenhang mit dem Klimaschutzprogramm der Stadt Chemnitz entstanden sei. Er sagt, dass das Ausfüllen des Fragenkataloges im Wesentlichen eine bloße Formsache darstelle. Insbesondere in den Bereichen Energiesparen und energiesparende Informations- und Kommunikationstechnik sei ein Vergleich in der Kategorie über 10.000 Einwohner nach Meinung seiner Fraktion sehr aufschlussreich. Dort können beim Vergleich von Prozessen wichtige Hinweise zu Verbesserungen kommen. Auf so relativ einfach gewonnene Erkenntnisse könne man nicht verzichten. Des Weiteren könne die Beantwortung von Fragen zum Klimaschutz dem Image der Stadt nicht schaden.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** wirbt für den Beschlussantrag und führt zwei Beispiele an, die durch das Ausfüllen von Anträgen zu Preisen geführt haben.

**Beschluss BA-007/2010**

Der Stadtrat beschließt die Teilnahme der Stadt Chemnitz am Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ der Deutschen Umwelthilfe.

Die Verwaltung wird beauftragt, die dazu notwendigen Maßnahmen, insbesondere die Beantwortung des Fragebogenkataloges, bis zum Einsendeschluss am 30. April 2010 zu ergreifen.

Der beantwortete Fragebogenkatalog zu Teilnahme am Wettbewerb ist dem Stadtrat bis zur Sitzung im April zur Information vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

**Fortsetzung TOP 7.4**

**Bekanntgabe der Wahlergebnisse zur Wahl in die Vorschlagslisten der ehrenamtlichen Richter der Sozialgerichtsbarkeit**

**Herr Joachim Ziems**

anwesende Stimmberechtigte	53
abgegebene Stimmen	53
davon	
gültige Stimmen	53
ungültige Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0
Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	39

Herr Ziems hat die erforderliche Mehrheit im 2. Wahlgang nicht erreicht und ist somit nicht gewählt.

**Herr Udo Kolbe**

anwesende Stimmberechtigte	53
abgegebene Stimmen	53
davon	
gültige Stimmen	53
ungültige Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0
Ja-Stimmen	42
Nein-Stimmen	5

Herr Kolbe hat die erforderliche Mehrheit im 2. Wahlgang erreicht und ist somit gewählt.

### **Beschluss B-056/2010**

1. Der Stadtrat wählt Frau Antje Franke, Herrn Udo Kolbe und Herrn Peter Landmann in die Vorschlagsliste für das Sozialgericht Chemnitz.
2. Der Stadtrat wählt Herrn Ingolf Römer und Frau Brigitte Seifert in die Vorschlagsliste für das Landessozialgericht Chemnitz.

---

10      **Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte**

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** fragt, wie die Jacobi-Kirche besser in den Weihnachtsmarkt 2010/11 und folgende einbezogen werden könne und nennt als Beispiel die Eröffnung des Weihnachtsmarktes mit einem ökumenischen Gottesdienst.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** fragt nach den Kosten, die die Kampagne „Stadt der Moderne“ insgesamt gekostet habe und zwar möglichst aufgegliedert nach dieser Werbekampagne, den Autobahnschildern und den sonstigen Ausgaben.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** möchte wissen, ob es möglich sei, dass offensichtlich bei einer der letzten Marktveranstaltungen einige Kinder, die dort Straßenmusik gemacht haben, des Platzes verwiesen wurden und das Geld, was sie gesammelt hatten, abgeben mussten. Dies wäre ein unschönes Zeichen für kindliches Engagement. Wenn dem so war, möchte sie über den Grund informiert werden.

**Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** gibt eine schriftliche Anfrage zum Klinikum ab.

**Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion)** fragt, ob es möglich sei, dass sich die ehemaligen Stadtratsmitglieder Frau Giegengack und Herr Zschocke in das Goldene Buch der Stadt Chemnitz eintragen. Weiter möchte sie wissen, ob es Kriterien gebe, dass Personen, die im Goldenen Buch eingetragen sind, bei rechtlichen Vorkommnissen ggf. wieder ausgetragen werden.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** gibt eine schriftliche Anfrage zur Förderung der Elektromobilität ab.

**Frau Stadträtin Köhler (fraktionslos)** bezieht sich auf ihre gestellte Anfrage aus der letzten Stadtratssitzung und erklärt, dass ihr die Beantwortung noch nicht vorliege.

Abschließend fragt sie, ob angedacht sei, die Schilling'schen Figuren wieder mehr in das Stadtzentrum zu bringen.

**Herr Bürgermeister Nonnen** erklärt zur ersten Frage, dass er die Antwort bereits in der letzten Woche unterzeichnet habe und die Zustellung der Beantwortung überprüft werde.

- 11 Bestimmung von zwei Stadratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
- 

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Frau Stadträtin Brewig-Lange (Fraktion DIE LINKE)** und **Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** bestätigt.

\*\*\*

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** schließt die Sitzung.

18.03.2010 *Barbara Ludwig*  
Datum Barbara Ludwig  
Vorsitzende  
des Stadtrates

22.03.2010 *Brewig-Lange*  
Datum Brewig-Lange  
Mitglied  
des Stadtrates

22.03.2010 *Fritzsche*  
Datum Fritzsche  
Mitglied  
des Stadtrates

17.03.2010 *Seidel*  
Datum Seidel  
Schriftführerin